

Medienkonferenz «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

**Redebeitrag von Magali Ginet Babel, Generaldirektorin der
Établissements publics pour l'intégration (EPI), Genf**

24. November 2025

Zunächst ein paar Worte: Die EPI sind eine zentrale öffentliche Institution für Inklusion in Genf, engagiert in der individuellen Begleitung von Erwachsenen mit Behinderungen sowie Menschen in sozialer und beruflicher Integration. Unsere Angebote umfassen Wohnen, Arbeit und Freizeit. Wir betreuen rund ein Drittel der erwachsenen Menschen mit Behinderungen im Kanton – insgesamt 1'100 Klient*innen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Personen mit einer kognitiven Beeinträchtigung und/oder psychischen Behinderung. Parallel dazu begleiten wir jedes Jahr mehr als 1'200 Menschen auf ihrem Weg zur sozialen und beruflichen Eingliederung.

Wir haben erkannt, dass das Nichtbenennen von Gewalt und geschlechtsspezifischer Diskriminierung in Institutionen zu ihrer Unsichtbarkeit beiträgt. Lange Zeit haben wir unseren Fokus auf das Thema Behinderungen gelegt; doch Geschlechterungleichheiten prägen das Leben aller, und Behinderung kann diese zusätzlich verstärken. Sich damit auseinanderzusetzen bedeutet, zu schützen und Inklusion konkret umzusetzen.

Diese Initiative steht im Einklang mit unserer institutionellen Vision, die wir wie folgt neu formuliert haben: In einer inklusiven Gesellschaft, zu deren Aufbau die EPI beitragen, kann sich jede Person mit ihren Besonderheiten voll entfalten.

Mit dem Projekt «ADN» – «Au-delà de la norme» («Jenseits der Norm») verfolgen wir folgende Ziele:

1. Die Beteiligung der Klient*innen fördern und ihre Stimme hörbar machen: Eine kollaborative Methodik entwickeln, unterstützt durch die Hochschule für Soziale Arbeit Genf, um die aktive Teilhabe der Klient*innen innerhalb der EPI und darüber hinaus zu stärken.
2. Eine gemeinsame Reflexion anstossen: Fragen zu Diskriminierung und Gleichstellung im Zusammenhang mit Partizipation, Behinderungen, Selbstbestimmung und Geschlecht untersuchen.

3. Sich aktiv an gesellschaftlichen Fragen beteiligen: Die Beziehungen zwischen Institution und Gesellschaft stärken, um die Teilnahme der Klient*innen am öffentlichen Leben zu erleichtern sowie ihre aktive Einbindung in Vereine, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und Themen vertreten, die ihnen wichtig sind.

Zusammengefasst: ADN ist ein Projekt, das jeder Person ermöglicht, sich auszudrücken und aktiv zur Weiterentwicklung der institutionellen Praxis beizutragen. Zugleich geht es darum, gemeinsam mit den betroffenen Personen das Bewusstsein für ihre Legitimität zu stärken, ihre Stimme zu erheben, und vielfältige Wege aufzuzeigen und zu fördern, die ihre Partizipation unterstützen. Es ist ein Prozess, der uns dazu bringt, gemeinsam nachzudenken, uns zu hinterfragen und uns zusammen weiterzuentwickeln. Es ist auch eine Öffnung nach aussen, damit die EPI und ihre Akteur*innen an den Debatten und Initiativen rund um Inklusion aktiv teilnehmen.

Die bisher bereits sichtbare Wirkung besteht darin, dass Menschen mit Behinderungen realisieren, dass sie neben ihren Pflichten auch Rechte haben: sich auszudrücken, abzulehnen, zuzustimmen. Wir unterstützen sie dabei, diese Rechte zu verstehen und geltend zu machen. Die formellen Anfragen, die wir bisher erhalten haben, betreffen vor allem das Anliegen, dass wir dabei unterstützen, sich in der Gesellschaft sichtbar zu machen: gegenüber Vereinen, die sich für Bürger*innenrechte für alle starkmachen, und gegenüber medizinischem Fachpersonal.

Wir stellen fest, dass die in der Fachliteratur beschriebenen Hürden sich im Alltag bestätigen, insbesondere die eingeschränkte Zugänglichkeit von Anlaufstellen für Beratung und Meldungen (unklare Informationen, ungeeignete Formate, komplexe Abläufe). Und wir erkennen zunehmend, was entscheidend ist, dass der erste Schritt darin besteht, die Kommunikation zu stärken: Ausdrucksmöglichkeiten, Bewusstsein und die Fähigkeit zur Artikulation von Bedürfnissen zu fördern, unabhängig von der Art der Behinderung. Das Ziel ist, dass die Menschen benennen können, was sie erleben, erkennen, dass dies nicht normal ist, und ihre Rechte ausüben können: Nein sagen, zustimmen, melden und Unterstützung erhalten.

Unser Anspruch ist: gemeinsam Schritte hin zu echter gesellschaftlicher Teilhabe zu gehen, denn so erreichen wir auch mehr Sicherheit für die Menschen, die wir begleiten.

In der sogenannten «normalen» Welt ist das Thema Konsens bereits sensibel; im Kontext von Behinderungen umso mehr. Unsere gemeinsame Verantwortung besteht darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen jede Person versteht, dass sie das Recht hat, «Ja» oder «Nein» zu sagen, dass dieses «Nein» gehört und respektiert wird, und dass jede Grenzverletzung benannt und gemeldet werden kann.

Ich bin tief überzeugt, dass wir verpflichtet sind zu handeln: zu begleiten, Informationen zugänglich zu machen, Ausdrucksmöglichkeiten zu stärken und zwischen Institutionen zu kooperieren, damit diese Rechte im Alltag wirksam werden. Zu Akteur*innen dieses Prozesses zu werden, ist unsere Aufgabe. Und es lohnt sich wirklich, sich gemeinsam mit unseren Klient*innne auf diesen Weg zu machen.